



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
BEI DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

J.10.7  
K. 22.2 XP/ln

KÖLN-Bayenthal, den 9. Februar 1954  
Bayenthalgürtel 15  
Telephon: 3 30 31

Persönlich!

*Lsg. Rot Schirmer*  
←

Lieber Herr Zehnder,

Der Chef der Auslandspresse-Abteilung im Presse- und Informationsamt, Dr. Schirmer, hat Dr. Rebsamen, als dieser ihn letzte Woche in einer ganz anderen Angelegenheit aufsuchte, auf einen Artikel in der "National-Zeitung" angesprochen. Dieser ist in der Ausgabe vom 21. Januar 1954 erschienen unter dem Titel: "CDU-Parteivorstand ebenfalls für 'Geduld' in Berlin" und stammt aus der Feder des Bonner Korrespondenten Dr. A. Künzli (siehe Beilage). Der Artikel beginnt mit folgendem Satz: "Es ist kein Geheimnis, dass Bundeskanzler Adenauers Plan, die S p a l t u n g D e u t s c h l a n d s selbst dann zu erhalten, wenn freie gesamtdeutsche Wahlen stattgefunden haben würden, sogar im Kabinett und in seiner eigenen Partei, der CDU, teilweise auf heftigen W i d e r s t a n d gestossen ist".

Dr. Schirmer betonte, es sei selbstverständlich jedem Journalisten unbenommen, die Politik des Kanzlers zu kritisieren. Dem Bundeskanzler werde aber in dem Artikel eine Auffassung unterschoben, die ihm völlig fern liege. Wohl gebe es Leute, die behaupten, Adenauer liege nichts an einer Wiedervereinigung. Es sei das gute Recht Dr. Künzlis, diesen Umstand zu erwähnen. Da es sich aber nur um einen relativ kleinen Kreis von Leuten handle, der der Opposition nahestehe, dürfe man erwarten, dass er seine Behauptung entsprechend einschränke. Es widerspreche den Regeln eines fairen Journalismus, Dinge als notorisch hinzustellen, die lediglich in den Köpfen einiger oppositioneller Politiker spukten.

Herrn Minister A. Z e h n d e r  
Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten  
des Eidg. Politischen Departements  
B e r n



- 2 -

Dr. Schirmer erklärte meinem Mitarbeiter, er möchte die Angelegenheit vorläufig unter vier Augen behandeln. Es gehe für ihn vorerst darum zu prüfen, was allenfalls getan werden könnte. Wenn die "National-Zeitung" in diesem Ton fortfahre, könnte daraus unter Umständen eine Trübung der schweizerisch—deutschen Beziehungen entstehen. Der Bundeskanzler sei sehr ungehalten gewesen und habe in der ersten Erregung die Frage aufgeworfen, ob der Verfasser ausgewiesen werden könne. Auf Rat des Presseamtes habe er diese Absicht fallen gelassen. Unter Umständen werde Staatssekretär Hallstein die Angelegenheit mit dem schweizerischen Gesandten besprechen. In Frage käme auch ein Schritt des deutschen Gesandten in Bern.

Mein Mitarbeiter unterstrich, dass die Pressefreiheit in der Schweiz zu den Fundamenten des staatlichen Lebens gehöre. Es sei unmöglich, der Presse ein bestimmtes Verhalten nahezu legen. Die Meinung der "National-Zeitung" sei vereinzelt; deshalb dürfe dieser Stimme nicht zu viel Bedeutung zugemessen werden. Vor allem aber deshalb, weil die schweizerische Regierung mit diesen Artikeln nichts zu tun habe. Die "National-Zeitung" sei ein sehr unabhängiges Blatt und publiziere gelegentlich scharfe Angriffe auf die schweizerische Regierung. Dr. Rebsamen schloss, er sehe keine Möglichkeit, dass die schweizerischen Behörden bei der "National-Zeitung" einen Schritt unternähmen.

Damit wurde der schweizerische Rechtsstandpunkt gegenüber den deutschen Behörden klar ausgedrückt. Staatssekretär Hallstein hat mich auf die Angelegenheit nicht angesprochen. Sollte er es, so kann ich unsere Auffassung nur in gleicher Weise wahren. Darüber hinaus werde ich zwei Dinge auf ihre wirklichen Masstäbe zurückführen : zeigen, dass die schweizerische Presse überwiegend positiv eingestellt ist und dass eine übertriebene Massnahme wie

- 3 -

eine Ausweisung nur die gegenteilige Wirkung hätte, weil sie von der ganzen Schweiz verurteilt würde. Hauptsächlich würde ich mich dagegen verwahren, dass eine vereinzelt Schreibeise - mit der die schweizerische Regierung noch dazu nichts zu tun hat - die ausgezeichneten Beziehungen zwischen uns und beiden Ländern sollte trüben können.

Andererseits muss man die Verstimmung verstehen: Dem Bundeskanzler vorwerfen, er wolle die Spaltung Deutschlands beibehalten, ist so ziemlich der schlimmste Vorwurf, den man einem deutschen Staatsmann machen kann. Dies ganz besonders am Vorabend der Berliner Konferenz! Es ist ungefähr so, als würde man dem Bundesrat vorwerfen, er spreche von Neutralität, wolle sie aber nicht. Übrigens ist der Vorwurf völlig abwegig. Adenauer hat keinen Anlass, die Wiedervereinigung zu fürchten. Käme es zu freien Wahlen, so wäre es nicht ausgeschlossen, dass er, obwohl die Ostzone stark protestantisch und sozialdemokratisch ist, die Wahl gewänne.

Es ist zu befürchten, dass der Vorfall sich wiederholen wird; es wäre schade, wenn die ausgezeichneten Beziehungen darunter leiden würden. Selbstverständlich ist jeder Gedanke an amtliche Intervention abzulehnen. Aber liesse sich die Sache nicht bei Gelegenheit f r e u n d - s c h a f t l i c h mit der "National-Zeitung" besprechen, etwa durch Vermittlung eines der "National-Zeitung" nahestehenden Basler Parlamentariers? Als gut schweizerisches Blatt wird ihr daran gelegen sein, keinen Konflikt vom Zaune zu brechen in einer Angelegenheit, wo keine schweizerischen Interessen verletzt wurden.

Sollten Sie etwas unternehmen, so bitte ich dafür zu sorgen, dass nicht die falsche Meinung aufkommt, die Gesandtschaft hätte gegenüber den deutschen Behörden den schweizerischen Rechtsstandpunkt nicht mit aller Klarheit vertreten.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE



1 Beilage.

## CDU-Parteivorstand ebenfalls für «Geduld» in Berlin

*Privattelefon unseres Korrespondenten*

ak. Bonn, 20. Januar.

Es ist kein Geheimnis, dass Bundeskanzler Adenauers Plan, die Spaltung Deutschlands selbst dann zu erhalten, wenn freie gesamtdeutsche Wahlen stattgefunden haben würden, sogar im Kabinett und in seiner eigenen Partei, der CDU, teilweise auf heftigen Widerstand gestossen ist. Offenbar haben nun die Vorgänge in Frankreich und Italien sowie die Hoffnung auf einen positiven Verlauf der Berliner Viererkonferenz die Position des «gesamtdeutschen Flügels» innerhalb des Parteivorstandes der CDU gestärkt. Jedenfalls fällt es auf, dass in der Entschliessung, die der CDU-Parteivorstand soeben — nach einem Bericht des Bundeskanzlers über die innen- und aussenpolitische Lage und einer «eingehenden Aussprache» — gefasst hat, zunächst einmal sozusagen wörtlich wiederholt wird, was der «gesamtdeutsche» Minister Kaiser in seinen Reden immer und immer wieder betont: die CDU sei der Ueberzeugung, so heisst es da, «dass dem Frieden und der Sicherheit in Europa und in der Welt kein grösserer Dienst erwiesen werden kann, als durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Ohne die Wiedervereinigung wird die von allen Völkern erhoffte Entspannung und Befriedung Europas und der Welt nicht erreicht werden».

Es ist nicht anzunehmen, dass Adenauer an dieser Formulierung eitel Freude haben wird, aber

noch bezeichnender ist die Tatsache, dass in dieser Entschliessung die Integrationspolitik und die EVG mit keinem Wort erwähnt werden.

Es heisst lediglich, der Parteivorstand der CDU unterstütze «die entschiedenen Bemühungen der Bundesregierung, Deutschland die Möglichkeit der Verteidigung zu geben». Denn die Sicherheit Deutschlands und Europas würden «auf die Dauer» nur durch einen deutschen Beitrag gewährleistet. Ob es sich dabei um einen westdeutschen oder einen gesamtdeutschen Beitrag handelt, wird nicht gesagt. Berücksichtigt man weiter die Tatsache, dass bis vor kurzem keine Stecknadel auf den Boden fallen konnte, ohne dass man in Bonn dies mit der EVG in Zusammenhang gebracht hätte, so gewinnt die Nichterwähnung der EVG in dieser Entschliessung des CDU-Parteivorstandes eine besondere politische Bedeutung.

Schliesslich kommt in dieser aufschlussreichen Entschliessung noch ein Satz vor, den Adenauer kaum sonderlich beglücken dürfte. Der Bundesvorstand wünsche, so steht es geschrieben, «dass Aktivität, verbunden mit Geduld, bei den Verhandlungen über die deutsche Frage eine für die Viererkonferenz förderliche Atmosphäre schaffen». Nun hat aber kein anderer als der Bundeskanzler vor wenigen Tagen in einer Rede vor der CDU-Fraktion sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass der französische Aussenminister Bidault erklärt hatte, er wolle «mit unendlicher Geduld» in Berlin verhandeln.